

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Kurt Partzsch, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, fordert eine Psychiatriereform im Interesse Millionen Kranker: Tabus darf es nicht geben.

Seite 1-3

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktzahlen: Väterchen Frost verdüstert die Statistik.

Seite 4/5

Dokumentation

Herbert Wehner über die neue Taktik von Strauß, sich dem Wähler besonnen darzustellen.

Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 26 / 6. Februar 1980

Tabus darf es nicht geben

Psychiatriereformen im Interesse von Millionen Kranken nötig

Von Kurt Partzsch, Landesminister a.D.,
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Der Beschluß der Länderfinanzminister, das Psychiatrie-Modell- und Forschungsprogramm des Bundes zu stoppen, ist einmal mehr ein Zeichen für die Vernachlässigung dieses wichtigen sozialpolitischen Bereichs. Die Psychiatrie steht traditionell im gesellschaftlichen Abseits. Auch wenn angesichts der zu bewältigenden Probleme das geplante Programm der Bundesregierung bescheiden ist, so stellt es doch einen ersten größeren Versuch dar, alternative Versorgungsstrukturen zu erproben.

Als vor reichlich vier Jahren die Psychiatrie-Enquête vorgelegt wurde, sprachen viele von einer Jahrhundertaufgabe, die sich nunmehr stelle. Dieser Bericht einer von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission enthält nicht nur eine teilweise erschütternde Bestandsaufnahme zur Lage der Psychiatrie, sondern auch konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung. Zwei Schwerpunkte sind dabei besonders hervorzuheben: Der Vorrang ambulanter Dienste und die Zusammenarbeit innerhalb einer Versorgungsregion. Das Übergewicht psychiatrischer Großkrankenhäuser soll abgebaut werden, den Angeboten außerhalb eines Krankenhauses dafür umso stärkeres Gewicht zukommen. Außerdem soll eine enge Zusammenarbeit der bestehenden Dienste und Einrichtungen angestrebt werden, aus der heraus auch die Entwicklung eines verbesserten Angebots erfolgen kann.

Beide Grundsätze sind wichtig für eine humane und bedarfsgerechte psychosoziale Arbeit. Die Psychiatrie ist umso humaner, je besser es gelingt, im Vorfeld psychiatrischer Krankenhäuser zu helfen, innerhalb der normalen, gewöhnten



Umwelt stabile Bindungen und Begegnungen zu gestalten oder Personen aus Krankenhäusern herauszuhelfen.

Von diesen Grundüberlegungen ausgehend hat die Arbeiterwohlfahrt (AW) sowohl ihre praktische Arbeit als auch ihre politischen Aussagen entwickelt. Aus der Palette der in den letzten Jahren entstandenen Angebote seien hier nur einige wenige genannt. Es wurden integrierte Beratungsstellen aufgebaut, die ganzheitliche Hilfen bieten, und die den Menschen und seine Umwelt nicht in einzelne Bestandteile zerlegen. Auch Übergangsheime für psychisch Kranke entstanden. Dort können ehemalige Patienten psychiatrischer Krankenhäuser nicht nur wohnen, sondern auch vielfältige Eingliederungshilfen und therapeutische Unterstützung erhalten. Die gerontopsychiatrischen Angebote wurden ausgebaut und differenziert. Bekanntlich war und ist ein großer Teil der Patienten in Landeskrankenhäusern pflegebedürftig. Einem Teil dieser Personen können durch ambulante oder stationäre Hilfen bessere Rehabilitationschancen eröffnet werden. Anfänge wurden auch mit Patientenclubs, einem mobilen sozialpsychiatrischen Dienst oder mit familientherapeutischer Drogenarbeit unternommen. In vielen dieser Beispiele ist die Zusammenarbeit mit anderen Diensten und Einrichtungen gelungen, bei allen wird sie angestrebt. So konnte die AW einer Region die Bildung einer psychosozialen Arbeitsgemeinschaft bewirken.

Erfahrungen aus dieser praktischen Arbeit zeigen nun aber, daß diese Vielfalt im Interesse der Betroffenen eine gewisse Struktur bekommen muß. Auf die Gefahr des Wildwuchses hatte die AW schon in einer ersten Äußerung zur Enquête hingewiesen. Deshalb unterstützen wir die im nunmehr bedrohten Bundesprogramm vorhandenen Ansätze, Verzahnung, Übersichtlichkeit und gegenseitige Ergänzung zu gewährleisten. Sollten die Finanzminister ihren Beschluß nicht rückgängig machen, werden notwendige Schritte in diese Richtung abgeblockt. Der Bund braucht diese Erfahrungen dringend, um geeignete Mittel zur Verwirklichung der von den meisten Fachleuten, auch von den Fachministern der Länder, geteilten Ziele herauszufinden.

Denn ohne Zweifel müssen neue Instrumente entwickelt werden. Reformen sind in der Psychiatrie nicht ohne einschneidende Änderung von Planung und Finanzierung denkbar. Die verlangt natürlich auch neue gesetzliche Grundlagen. Wie notwendig dies ist, hat die AW schon deutlich in ihrer Stellungnahme zum geplanten Psychotherapeutengesetz dargelegt. Wenn wir ein integriertes System der psychosozialen Versorgung wol-



len, dann müssen die Teilbereiche sich so entwickeln können, daß sie ihre Aufgaben optimal wahrnehmen können. Nach wie vor sind aber stationäre Einrichtungen bevorzugt, während andere die Gelder zusammenkratzen müssen. Wenn wir in gemeindenahen Diensten sowohl vorbeugend als auch behandelnd und eingliedernd tätig sein wollen, dann müssen die Zuständigkeiten der Kostenträger neu geregelt werden. In manchen Einrichtungen muß heute knapp die Hälfte der Zeit dafür verwendet werden, für die Betroffenen die Finanzierung der Hilfen zu sichern. Die AW hat deshalb vorgeschlagen, die zuständigen Finanzträger (Kranken- und Rentenversicherung sowie Sozialhilfe) sollten für bestimmte Dienste eine Mischfinanzierung vereinbaren. Und schließlich: Wenn wir den Menschen nicht in Einzelteile zerlegen wollen und uns die Methode nicht wichtiger ist als der Mensch, so brauchen wir unter anderem Teamarbeit. Diese aber würde durch das jetzt aus der Diskussion erfreulicherweise verschwundene Psychotherapeutengesetz verhindert. Deshalb war die AW gegen solche Pläne. Wenn jetzt einige Ersatzkassen, durch die Hintertür kommend ähnliche Verhältnisse schaffen, wenn auch vorerst nur für Verhaltenstherapien, so sollte dies der Gesetzgeber als Warnsignal verstehen, hier endlich tätig zu werden.

Das vorläufig kaltgestellte Bundesprogramm könnte also helfen, viele Probleme einer künftigen psychosozialen Versorgung zu klären und alternative Angebote zu entwickeln. Vielleicht hat man aber deshalb in einigen Ländern kalte Füße bekommen, weil man sieht, daß die brisante Frage einer Bundeskompetenz für diesen Bereich irgendwann nicht mehr zu umgehen ist. Man kann aber nicht einerseits von großen Defiziten und brennenden Problemen reden und sich andererseits um notwendige politische Schritte herummogeln. Im Jahre 1972 schaffte man es noch, wegen des zwar wichtigen, aber dennoch ungleich kleineren Problems der Krankenhausfinanzierung die Bundes- und Landeskompentzen neu zu regeln. Heute sind offenbar derartige Überlegungen unmöglich. Im Interesse der Millionen psychisch Kranker aber darf es solche Tabus nicht geben.

(-/ 6.2.1980/ks/ca)

+ + +



Väterchen Frost verdüstert die Statistik

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des abgelaufenen Monats

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Die Meldung, daß im Januar die Millionenzahl an Arbeitslosen wieder überschritten wurde, trifft die Öffentlichkeit nicht wie ein unerwarteter Schock. An die jahreszeitlichen Schwankungen ist sie mittlerweile gewöhnt und daß ein kalter Winter die Zahlen stärker in die Höhe treibt als ein milder, weiß sie längst. Insofern meldet die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrer Januar-Übersicht nichts Überwältigend Neues. Man muß schon tiefer hinter die Statistik schauen, um ein paar Sondersignale ausmachen zu können.

Bleiben wir zuerst beim Üblichen: Im abgelaufenen Monat nahm die Zahl der Stellungs-suchenden um 169.700 oder 19,6 Prozent auf nunmehr 1.036.500 zu. Weil das Wetter im Dezember ungewöhnlich günstig war, ist dies der stärkste Anstieg seit 1975 in einem Januar-Monat. Aber das will noch nicht allzuviel besagen. Verglichen mit den Vorjahres-Werten ist immer noch ein Rückgang der Arbeitslosenziffern von 134.800 oder 11,5 Prozent festzustellen. Auch die neue Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent (im Dezember lag sie noch bei 3,8 Prozent) kann sich mit der des Januar 1979 messen. Damals waren 5,1 Prozent aller Erwerbstätigen arbeitslos.

Da insbesondere die Tätigkeiten in den Außenberufen infolge der ungünstigen Witterung zurückgingen, stieg die Zahl der erwerbslosen Männer im vergangenen Monat mit 139.400 oder einem ganzen Drittel überproportional auf nunmehr insgesamt 557.400 Stellungs-suchende. Damit sind derzeit 3,9 Prozent der Männer ohne Beschäftigung. Bei den Frauen war der letzte Monat weniger dramatisch. Hier gab es einen Zuwachs um 30.400 oder 6,8 Prozent auf nunmehr 479.200. Gemessen an der Gesamtzahl aller erwerbstätigen Frauen sind mit 5,5 Prozent allerdings immer noch mehr Frauen als Männer auf der Suche nach einer neuen Tätigkeit. Noch günstiger sind die Werte bei den Jugendlichen. Hier war eine Zunahme um 9.400 oder 13,4 Prozent auf 79.000 im Monat Januar festzustellen. Die neue Arbeitslosenquote ist mit 3,7 Prozent immer noch deutlich unterdurchschnittlich. Im Januar 1979 wurden 15.600 Jugendliche mehr als arbeitslos registriert.

96.100 Arbeitnehmer standen im abgelaufenen Monat in Kurzarbeit. Das ist deutlich weniger als noch vor einem Jahr. Zudem betrug der Arbeitsstunden-Ausfall für 85,1 Prozent aller Kurzarbeiter weniger als die Hälfte der normalen Wochenarbeitszeit. Schwerpunkte der Kurzarbeit lagen im Fahrzeugbau und in der Metallerzeugung. Geringfügige Abnahmen verzeichneten die Elektroindustrie und das Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

Leidtragende des Arbeitsmarktes waren einmal mehr die über 59jährigen und die schwer-behinderten Arbeitslosen. Bei den Älteren ist ein Zuwachs von 5.400 oder 8,7 Prozent auf 68.100 zu beklagen. Im Vorjahresvergleich ist ein Ansteigen um fast 10.000 fest-zustellen, das ist der ungünstigste Wert, der bisher für diese Altersgruppe registriert wurde. Bei den Schwerbehinderten meldeten sich 3.700 Arbeitslose mehr bei den Ämtern, insgesamt sind es jetzt 68.700. Gegenüber dem Januar 1979 wurden 7.500 oder 12,3 Pro-zent mehr arbeitslose Schwerbehinderte festgestellt.

In beiden Personengruppen ist - Eingliederungsprogramme hin, moralische Appelle her - nur dann mit einer Besserung der Situation zu rechnen, wenn sich die Lage auf dem Ar-



beitsmarkt grundsätzlich wandelt. Aber gerade der Verlauf der Beschäftigungskurve läßt dies auch 1980 nicht erwarten. Der Gesetzgeber wird sich zum Handeln aufraffen müssen, will er diese Personengruppen nicht in Resignation und Hoffnungslosigkeit versinken lassen. Ob das in dieser Legislaturperiode noch zu schaffen ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Sowohl saisonale als auch strukturelle Bedingungen kennzeichnen den Verlauf auf den beruflichen Teilarbeitsmärkten. Der Witterungsverlauf schlug bei den Bauberufen voll zu Buche. Hier erhöhte sich im abgelaufenen Monat die Zahl der Arbeitslosen um 45.000 auf jetzt 82.700. Zudem wurden im Januar über neun Millionen Ausfalltagwerke gezählt, die natürlich auch die Kassen der Bundesanstalt belasten.

Der Anstieg der Arbeitslosen in den Metall- und Elektrikerberufen blieb saisonüblich. 14.000 betrug der Zuwachs, die Gesamtzahl beläuft sich jetzt auf 126.700. Im Textil- und Bekleidungs-gewerbe gab es dagegen keine nennenswerten Verschiebungen.

Strukturelle Einflüsse kennzeichnen dagegen die Situation in den Büro- und Verwaltungsberufen und bei den Warenkaufleuten. Stärker als saisonüblich erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 19.400 auf nunmehr 207.500. Dafür bietet auch die Tatsache kaum eine befriedigende Erklärung, daß in der Januar-Statistik die Kündigungen zum Jahresende 1979 erfaßt sind. Es muß zu denken geben, daß die höchste Zahl an Leistungsempfängern jetzt bei den Bürofach- und Bürohilfskräften und bei den Warenkaufleuten zu finden ist. Mit weitem Abstand folgen die Lagerverwalter, die Lager- und Transportarbeiter und die Montierer und Metallberufe. Man tut gut daran, gründlich zu untersuchen, inwieweit sich hier der Vormarsch der Elektronik deutlich bemerkbar macht.

Alles in allem muß man feststellen, daß der Arbeitsmarkt auf die weltpolitischen und energiepolitischen Veränderungen noch nicht negativ reagiert. Man wird aber auch registrieren müssen, daß über die konjunkturellen Entwicklungen kein weiterer rascher Abbau an Arbeitslosen erhofft werden kann. 1980 wird also ein eher "normales" Jahr werden. Normal allerdings nur für den, der sich an den hohen "Arbeitslosensockel" bereits gewöhnt hat.

(-/6.2.1980/va-ha/ca)



DOKUMENTATIONTaktik, sich dem Wähler besonnen darzustellen

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat an die SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen Brief und eine Handreichung zur Taktik des Unions-Kanzlerkandidaten Strauß in Sachen Entspannungspolitik versandt. Wir dokumentieren die Handreichungen im Folgenden.

3. Februar 1980

"Herr Strauß hat seine bereits seit Monaten zu beobachtende Taktik, sich dem Wähler besonnen darzustellen, zur Überraschung vieler auch nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan fortgesetzt. Viele hatten offensichtlich die Fähigkeit des ja so oft völlig Unkontrollierten unterschätzt, sich auch in einer klassischen Konfliktlage zurückzuhalten. Da er es in friedlicheren Zeiten sehr viel schwerer gehabt hätte, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß er nicht nur "Kreide gefressen" hat, versucht der bayerische Ministerpräsident es jetzt, indem er einerseits im außerparlamentarischen Raum Kalte-Kriege-Stimmung verbreiten läßt, selbst aber - vor allem im Parlament - eher zurückhaltend auftritt und von Zusammenarbeit spricht.

1. Inhaltliche Positionen unverändert

Bei dem allgemeinen Erstaunen über den Stilwandel des Kandidaten ist (auch in der Presse) weitgehend übersehen worden, daß Strauß seine früheren Positionen zur Ost-, Sicherheits- und Entspannungspolitik bisher weder widerrufen noch modifiziert und sich von jüngsten abenteuerlichen Vorschlägen vor allem der CDU nicht distanziert hat.

Strauß hat hingegen

- die aggressiven Reden Wörners und Dreggers beim sicherheitspolitischen CDU-Kongreß begrüßt;
- sich auch seither nie von Wörner oder Dregger distanziert, obwohl Dregger einen baldigen Einmarsch der Bundeswehr im Mittleren Osten und in Afrika nicht mehr ausschließt;
- in schärfster Form gegen die Ost- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition gewettert (siehe auch 3.);
- herabsetzende persönliche Angriffe gegen Helmut Schmidt, Willy Brandt und Egon Bahr gerichtet (siehe auch 3.);
- mehrfach - zum Teil allerdings nebulös - die Ausweitung der NATO befürwortet (z.B. "Die NATO, die sich 1949 unter wesentlich anderen Bedingungen zusammenfand, muß ihren Verteidigungsbereich erweitern, das heißt, den Mittleren Osten einbeziehen." (Kölnischer Stadtanzeiger, 24.1.1980);
- ausdrücklich einen Vorrang der Ausgaben für Verteidigung gegenüber der Sozialpolitik hervorgehoben.

Der Gegensatz zu früheren Aussagen war der staatsmännisch-moderate Ton und die vorsichtigeren Andeutungen statt der gewohnten explosiv-ungehemmten Ausbrüche mit Verbalradikalismus.

2. Ziele der sanften Taktik

Ziele der neuen sanften Taktik von Franz Josef Strauß sind die Aufpolierung des eigenen Images und die Demontage des Kanzlers und der SPD.

- Kosmetik:

Durch sanfte Tonart und geschickte Verbalverpackung versucht Strauß, die Erinnerung an den "hemmungslosen Wüterich" auszulöschen. Er will sich statt als unkontrollierter Hau-Ruck-Politiker als feinsinniger Staatsmann darstellen. Dabei nimmt er für sich in Anspruch, "allein fähig und mutig genug zu sein, die Probleme zu erkennen" und die notwendigen politischen Reaktionen in der Bundesrepublik durchzusetzen.



- Demontage des Kanzlers:

Von der höheren Warte des "weisen, besonnenen Staatsmannes" will Strauß die Demontage des Bundeskanzlers in scharfer und harter Form versuchen, ohne den Kanzler aus der Oppositions-/Kandidaten-Perspektive "anzukläffen". Gepaart mit dem "fairen Angebot zu gemeinsamen Handeln" sollen die wegen des allgemein hohen Ansehens des Kanzlers früher völlig abwegigen Angriffe auf Helmut Schmidt Wirkung zeigen. Ähnliches gilt für Angriffe auf führende SPD-Politiker.

- Keil zwischen Kanzler und SPD:

Durch sein "Angebot zur Unterstützung des Bundeskanzlers und mit seinen Kommentaren zu den Berliner Parteitagebeschlüssen versucht der Kombinations-Kandidat Strauß, den Kanzler in der Öffentlichkeit von der SPD zu isolieren. Er hofft, daß der Wähler dieses plumpe Spiel nicht durchschaut, um so davon abzulenken, daß in Wirklichkeit alle Beschlüsse und Maßnahmen der Bundesregierung von Partei und Fraktion unterstützt wurden und werden.

- Ablenkung von der Innenpolitik:

Mit der alleinigen Ausrichtung auf Sicherheitspolitik versucht Strauß, in der Öffentlichkeit von der ihm unangenehmen Innenpolitik und von den lästigen Fragen über seine Alternativen zu Regierungspositionen abzulenken (so wurde sein Kernsatz in der Rede vor dem sicherheitspolitischen CDU-Kongreß, daß alle Leistungsversprechen des zukünftigen CDU/CSU-Wahlprogramms unter dem Vorbehalt größerer Anstrengungen für Sicherheit und Verteidigung stünden, von keiner einzigen Zeitung für berichtenswert erachtet). Strauß weiß, daß die Differenzen zwischen CDU und CSU bei der Sozial-, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik zu groß sind, um dem Wähler ein glaubhaftes gemeinsames Programm präsentieren zu können. Deshalb soll von Innenpolitik möglichst nicht mehr die Rede sein. Wer verängstigt nach Moskau starrt, vergißt die Parolen vom "Abbau des Sozialstaates", hofft Herr Strauß.

- Rollenverteilung mit CDU:

Während Strauß sich als großer Staatsmann aufzubauen sucht und Kohl nicht einmal mehr mitleidig registriert wird, ist die zweite Garde vor allem der CDU weiter offensiv und aggressiv tätig, so Wörner und Dregger. Diese Riege soll offensichtlich die Stammwähler der Union an die Partei binden und motivieren, während Strauß mit seinem neuen Image den Einbruch in neue Wählerschichten erstrebt.

- Zukunft:

Wie in Andeutungen schon seit langem erkennbar, versucht Strauß nun erst recht, die - nur zu einem geringen Teil direkt mit Afghanistan zusammenhängende - Zukunftsangst vieler Bürger für seine Zwecke einzuspannen. Er sucht die Angstgefühle durch alleinige Ausrichtung auf den sowjetischen Expansionsdrang zu kanalisieren (vernachlässigt dabei ihm unangenehme weitere "Angstthemen" wie Wachstumskrise, Umweltverschmutzung, Kernenergie, Vereinzelung des Menschen) und bietet sich gleichzeitig als "Retter aus der Not" an.

3. Fortsetzung von Sonthofen

Die neue Marschrouten des Herrn Strauß ist nicht etwa ein Gegensatz zum Krisenrezept von Sonthofen, sie ist in der dortigen Rede vielmehr bereits angelegt. Keine eigenen Rezepte, Krisengerade, Verteufelung des innenpolitischen Gegners, keine demokratische Gemeinsamkeit: All diese Ziele verfolgt der Kandidat offenbar auch heute noch, wenn auch mit geänderter Taktik.

- Keine Rezepte

Bis auf seine unscharfen Vorstellungen zur Ausweitung der NATO hält sich Strauß mit konkreten Vorschlägen für eine Reaktion der Bundesrepublik auf das sowjetische Vorgehen in Afghanistan zurück, auch zur Frage des Olympia-Boykotts hat er sich zunächst nicht festgelegt (und damit Herrn Kohl erneut öffentlich im Regen stehen lassen).

Strauß dazu bereits in Sonthofen: "Noch ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht auf die wirkliche große Krise so vorbereitet, daß es aus politischen Gründen richtig wäre, mit eigenen Rezepten zu kommen und dabei dann natürlich über Allgemeinplätze hinweg auch zu konkreten Empfehlungen zu kommen." Und weiter: "Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen."



35. Jahrgang / 26 / 6. Februar 1980

- Verteufelung der SPD

Auch die Verteufelung des innenpolitischen Gegners statt demokratischer Gemeinsamkeit wird von Strauß, wie in Sonthofen angekündigt, fortgesetzt. Strauß - Zitate vom sicherheitspolitischen Kongreß der CDU:

"Das Bündnis zwischen SPD und Moskau scheint nicht so gut zu sein, Moskau hat den Sozialdemokraten das Konzept verdorben."

"Die Ostpolitik (der sozial-liberalen Koalition) hat den Einmarsch in Prag moralisch legitimiert."

"Bei Helmut Schmidt sehen wir dieselbe typisch binnenländische, kontinentale Verengung des Horizontes wie bei Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler."

"Sozial-liberale Koalition und Bundesregierung haben mit ihrer Ostpolitik ihre Aufgabe vor Gott und den Menschen verantwortungslos versäumt."

Mit solchen Sprüchen garniert Herr Strauß also seine angebliche "Kooperationsbereitschaft".

Strauß dazu in Sonthofen: "All das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer sowie außenpolitischer Art."

Und weiter: "Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen. Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Daß es bei den anderen eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden und das hier zu sagen."

- Machtpolitik

Auch die Großmachtträume, die jetzt in bestimmten Kreisen der CDU/CSU-Kombination laut werden, bei Franz Josef Strauß angedeutet sind und die CDU/CSU bei bestimmten Wählern offensichtlich wecken oder neu beleben wollen, sind nichts neues (Strauß: "Unser starker militärischer Beitrag gibt uns auch das Recht, Entscheidungen mitzugestalten - anstatt sie nur in Kommandopositionen auszuführen. Das gilt auch für den atomaren Bereich." (1977) "Zur Souveränität gehört die Atomwaffe, unverändert." (1975) Auch die Ausweitung der NATO hat Strauß bereits früher gefordert.

Strauß dazu in Sonthofen: "Die Europäer sind total degeneriert... Dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Wenn das von der Bundesrepublik wieder ausgeht. Das kann aber nur ausgehen, wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit die Bereitschaft, die Konsequenzen aus dieser Zeit auch tatsächlich auf sich zu nehmen."

4. Sozialdemokraten bleiben beim fairen Wahlkampf und beim Angebot zu einem demokratischen und nationalen Miteinander

Trotz der im Still modifizierten, aber in der Sache unveränderten Konfrontationsstrategie von Franz Josef Strauß, bleiben wir bei der fairen, sachlichen Wahlkampf-Auseinandersetzung mit dem Kandidaten und CDU/CSU sowie bei unserem Angebot zu einem nationalen Miteinander in der Sicherheits- und Außenpolitik.

Wir stehen auch zu unserer seit Jahrzehnten immer wieder geäußerten fundamentalen Meinung, daß im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland und im Interesse des Friedens in der Welt zwischen Regierung und Opposition ein möglichst großes Miteinander in außenpolitischen Grundsatzfragen herrschen sollte. Wir haben unser Bemühen dazu bereits am 30. Juni 1960 im Bundestag umfassend dargelegt: "Warum sollten wir nicht versuchen, auf der Basis der Anerkennung der moralischen und der nationalen Integrität des innenpolitischen Gegners zu Resultaten zu kommen, die uns allen morgen oder übermorgen helfen könnten?... Aber wo kommen wir hin, wenn wir wechselseitig in dieser Weise vorgehen?"

Ist denn - das ist eine Frage, die nicht weniger wichtig ist, glaube ich - die Scheidelinie, die uns in vielen Fragen trennt, eine Scheidelinie zwischen Leuten auf der einen Sei-



te, die für den Westen sind, und Leuten auf der anderen Seite, die gegen den Westen sind?... Nach unserer Ansicht jedenfalls sind die Zeichen der Zeit so zu deuten: Nicht Selbstzerfleischung, sondern miteinander Wirken im Rahmen des demokratischen Ganzen, wenn auch in sachlicher, innenpolitischer Gegnerschaft. Innenpolitische Gegnerschaft bleibt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen geacht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen."

Dieses Angebot zur Partnerschaft ist jetzt fast 20 Jahre alt, es ist von CDU und CSU nie angenommen worden, zum Schaden für unser Land.

Wenn Herr Strauß jetzt ein "Angebot zur Stützung des Kanzlers" macht, so ist dies nichts anderes als der Versuch, einen Keil zwischen Koalition und den Kanzler zu treiben (wie oben bereits dargelegt). Auch seine Ausfälle im "Bayernkurier", die zum gemeinsamen Gespräch eingeladen hatte, offenbaren die wahren Absichten von Strauß. Sein "Angebot" ist nicht der Beginn des Versuchs, eine gefährliche und unfruchtbare Feindschaft in außenpolitischen Fragen seitens der Union abzubauen, sondern die Fortsetzung der Sontkoffen-Strategie. Wir bleiben dagegen beim Ringen um das höchste erreichbare Maß an Übereinstimmung bei der Bewältigung der deutschen Lebensfragen.

5. Fortsetzung der Entspannungspolitik

Die Sozialdemokraten verurteilen den Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan, gleichwohl werden sie nicht den Kalten Krieg ausrufen. Dies wollen hingegen offensichtlich Teile der Opposition; ihr Exponent ist hier einmal wieder Alfred Dreger, der Interventionsstreitkräfte und Stützpunkte insbesondere im Bereich des Persischen Golfs und der Kaproute fordert und zur Beteiligung der Bundeswehr daran meint: "Wir haben aber auch keinerlei Anlaß, uns aus moralischen oder politischen Gründen davon auszuschließen."

Wer so daheredet - und Alfred Dreger steht ja mit diesen Vorstellungen nicht allein in der Union da -, gefährdet den Frieden in der Welt und gefährdet all die Erfolge für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands, die die sozial-liberale Koalition seit 1969 verwirklicht hat. Wenn einige Unionisten jetzt ihre militärpolitischen Vorstellungen verwirklichen könnten, wären neue Berlin-Krisen und der Zusammenbruch des komplizierten und empfindlichen Systems von politischen und menschlichen Beziehungen in Deutschland die Folge.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten werden hingegen alles daransetzen, realistische Entspannungspolitik fortzusetzen, damit der Frieden in der Welt auch die jüngste Krise übersteht und das Wahnsinns-Wettrüsten eingedämmt werden kann. Das Wesentliche dazu haben der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, in der Debatte des Deutschen Bundestages vom 17. Januar 1980 gesagt (die Reden sind im "Thema der Woche" vom 18. Januar 1980 abgedruckt). Ich will hier nur denken, allen voran Franz Josef Strauß, die jetzt behaupten, sie selbst hätten schon immer alles vorhergesehen und vorausgesagt, ein Wort von Fritz Erler aus dem Jahre 1958 ins Gedächtnis rufen: "Auch wir bestreiten nicht, daß man Verteidigung nicht umsonst haben kann. Es gilt aber, die Schranken zu setzen, wie ich sie eben definiert habe durch das Nötige und das Mögliche. Ich habe das Gefühl, daß der Westen in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion die falsche Tür bewacht. Da starrt man immer wieder auf die Divisionen, die angeblich das Herz Europas bedrohen, und inzwischen treibt der Krieg in Nordafrika die Sympathien der asiatischen und afrikanischen Völker auf die Seite der Sowjetunion."

(-/6.2.1980/v0-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

